



DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

#04 klar.links
Juli/August 2016
26. Jahrgang

Meine Sicht.



FDP mit brauner Soße

Dass die AfD ausländerfeindlich ist, ist nichts Neues. Die Rechtspopulisten schüren Ängste. Sie wollen Kapital aus der Flüchtlingskrise schlagen. Doch es gibt auch Menschen, die der AfD am Herzen liegen: Unternehmer und Vermieter. Deshalb fordert die AfD im Berliner Wahlprogramm die Abschaffung des Mindestlohns. Sie schwadroniert von der »sozialen Hängematte« und will mehr Druck auf Arbeitslose. Besonders offensichtlich wird der Neoliberalismus der Rechten, wenn es um Wohnen und Mieten geht: Hier wird im Wahlprogramm auf »marktwirtschaftliche Anreize« gesetzt. Die Landesbauordnung soll sich an den »Bedürfnissen der Bauherren« orientieren. Und wen wundert's: Die Mietprelsbremse soll ganz weg, weil sie private Investoren behindert. Die Grunderwerbssteuer, die den Verkauf von Mietwohnungen und Spekulation erschwert, will die AfD senken.

In Friedrichshain-West streiten die Anwohner um Beteiligung bei den WBM-Plänen. Sie wollen eine lebenswerte Nachbarschaft erhalten. Die AfD will das Gegenteil: Nachverdichtungen müssten »schneller und unbürokratischer« genehmigt werden. Die A 100 soll zügig durch Ost-Friedrichshain gebaut werden. Klar ist: Die Rechtskapitalisten sind eine Gefahr für alle, die hier wohnen – egal mit welchem Pass.

Damiano Valgolio

Damiano Valgolio,
stellv. Bezirksvorsitzender

Wohnzimmer mit Autobahnanschluss gefällig?

SPD und Union wollen A100 durch Friedrichshain weiterbauen

Ende März hat Bundesverkehrsminister Döbrandt (CSU) den Entwurf des »Bundesverkehrswegeplans 2030« veröffentlicht. Auf Drängen des Berliner Senats findet sich darin auch der Weiterbau der A 100 vom Treptower Park bis zur Storkower Straße. Nach den Plänen von SPD und CDU soll die Stadtautobahn künftig unter und durch dichtbewohnte Gebiete im Friedrichshainer Osten und im Lichtenberger Westen führen. Die Kritik ist bereits jetzt groß. Rund 39.000 Stellungnahmen wurden im Rahmen des offiziellen Beteiligungsverfahrens zum Bundesverkehrswegeplan abgegeben. Nähere Auskünfte verweigert die Bundesregierung. Stattdessen will die Bundesregierung im Eiltempo die entsprechenden Gesetze auf den Weg bringen. Gegen den Weiterbau der A 100 gibt es viele gute Argumente. In Friedrichshain würden sowohl das Wohngebiet westlich des Markgrafendamms als auch das Gebiet zwischen Ostkreuz und Frankfurter

Allee nachhaltig verändert. Für die Autobahn müsste nicht nur das denkmalgeschützte Gebäude der Osthaufendirektion, sondern gleich mehrere Wohnhäuser abgerissen werden – eine absurd anmutende Vorstellung in Zeiten, in denen Wohnraum in der Innenstadt dringend gebraucht wird. SPD und CDU behaupten gerne, die A 100 würde zu einer Verkehrs-entlastung führen. Dabei hat die Autobahn an anderen Stellen in der Stadt den gegenteiligen Effekt. Insbesondere der Verkehr in der Frankfurter Allee würde durch den Weiterbau massiv zunehmen. Die an die A 100 angrenzenden Kieze würden durch mehr Abgase und mehr Lärm in Mitleidenschaft gezogen. Und beim geplanten Tunnelbau sind massive Erschütterungen und eine Beeinträchtigung des Grundwassers zu befürchten. Schon jetzt gilt die A 100 als teuerste Autobahn Deutschlands. Der neue, drei Kilometer lange Autobahnabschnitt soll offiziell mindestens 531

Millionen Euro kosten. Bereits mit diesem Geld könnte an vielen Stellen sinnvoll in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Zudem ist die Kostenkalkulation veraltet, und selbst das Verkehrsministerium erwartet inzwischen höhere Kosten. Wie beim BER und anderen Großprojekten soll dem Steuerzahler die Rechnung erst am Schluss präsentiert werden. DIE LINKE wird sich weiter gegen den Bau einer Autobahn unter und durch Friedrichshain einsetzen. Wir laden auch Sie herzlich ein, sich mit uns dafür zu engagieren. Denn noch bleibt Zeit, die Pläne zu stoppen. Noch ist kein Geld für den Weiterbau bewilligt. Noch gibt es keinen Planfeststellungsbeschluss und erst Recht kein Baurecht. Über all dies wird erst nach der Abgeordnetenwahl im September entschieden. Auch deshalb wird diese Wahl von besonderer Bedeutung für die Zukunft unseres Bezirks sein.

Pascal Meiser, Bezirksvorsitzender



Das Unmögliche **möglich gemacht**

An der Charité wurde mehr Personal erstreikt – mit Unterstützung von außen

**Mehr Personal für
Bildung, Pflege
und Gesundheit.
DIE LINKE.**

Auseinandersetzungen führen, um so den Druck auf die Gesetzgeber zu erhöhen. Seit dem 1. Mai 2016 ist ein Tarifvertrag in Kraft, der die Mindestbesetzung auf den Stationen regelt. Auf den Intensivstationen muss keine Pfl-

gekräft mehr als drei Patienten betreuen, im Durchschnitt sogar zwei. In der stationären Krankenpflege regelt ein bekanntes und oft genutztes Bemessungsinstrument die untere Haltelinie. Dieses Instrument misst ein Teil der pflegerischen Leistungen in Pflegeminuten. Daraus ergibt sich eine Vollkräftezahl. In der Vergangenheit wurde dieses Instrument nicht zur Personalbesetzung genutzt, sondern nur als Anhaltspunkt. Die Besetzung einer Station wurde budgetorientiert durchgeführt. Dieses System haben wir durchbrochen. In der Kinderkrankenpflege haben wir auch Quoten durchsetzen können. Etwas, das viele für unmöglich hielten. Auch für andere Bereiche an der Charité konnten wir Orientie-

rungswerte erstreiten und somit die Grundlage für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen legen. Der Tarifvertrag sieht außerdem vor, dass ein neu gegründeter Gesundheitsausschuss die Einhaltung dieser Regelung überwacht und überprüft. Gleichzeitig haben die Beschäftigten die Möglichkeit, sich bei diesem Gesundheitsausschuss zu beschweren, wenn ihre Belastung zu hoch ist und die tarifvertraglichen Regelungen vom Arbeitgeber unterschritten werden. Der Gesundheitsausschuss, durch Arbeitgeber und ver.di paritätisch besetzt, wird dann aktiv, um solche Situationen für die Zukunft zu vermeiden.

Darüber hinaus haben wir es aber vor allem geschafft, selbstbewusste und berufspolitisch interessierte Pflegekräfte aufzubauen, die sich gegen dieses ausbeutende System wehren. Sie verstehen nun, woher dieser Kostendruck im Krankenhaus kommt und dass das Gesundheitssystem, unter dem sie leiden, verändert gehört. Sie verstehen auch, dass sie selber aktiv werden müssen. Wir Gewerkschafter*innen an der Charité haben uns lösen können von der klassischen Stellvertreterpolitik und neue Strategien und Konzepte ausprobiert. Mit Erfolg. Unser Stations-

und Bettenschließungsstreik macht Schule in der gesamten Republik und findet immer mehr Nachahmer*innen. Unsere starke Vernetzung mit politisch Aktiven, unsere Bündnisarbeit mit Unterstützung auch vieler Genossinnen und Genossen der LINKEN und die wichtige Öffentlichkeitsarbeit, hatten einen großen Anteil an diesem Erfolg.

Es ist bundesweit zu spüren. Es entwickelt sich eine Bewegung, die groß werden kann. Was viele für Unmöglich hielten, haben wir möglich gemacht. Das hat Menschen motiviert selber aktiv zu werden. Wir haben bewiesen, dass wir einen Tarifvertrag für mehr Personal erkämpfen können. Wir haben trotz aller Widerstände, die uns bis vor das Arbeitsgericht brachten, bewiesen, dass Regelungen zur Mindestbesetzung tarifierbar und streikfähig sind. Und somit ende ich mit den Worten eines Berliner Arbeitsrichters: »Die unternehmerische Freiheit des Arbeitgebers endet dort, wo der Gesundheitsschutz der Mitarbeiter beginnt.«

Dana Lützkendorf
stellv. Vorsitzende ver.di
Betriebsgruppe Charité, Mitglied
DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg

Sommerferienspiele 2016

Auch im Jahr 2016 veranstaltet das Bürgerkomitee Weberwiese in den Sommerferien an zwei Tagen in der Woche kostenlose Ferienspiele auf dem sonst nicht öffentlich zugänglichen Sportplatz mit dazugehöriger Sporthalle in der Fredersdorfer Strasse in Friedrichshain (25. Juli bis 30. August 2016).

Mit uns gemeinsam bringen sich Jugendeinrichtungen des Kiezes wie der Jugendclub Feuerwache, das Regenbogenhaus, der Mädchentreff »phantalisa« und das Familienzentrum »einhorn« in die Vorbereitung und Durchführung ein. Wir gehen davon aus, dass wir mit unserer Ferienspielaktion in diesem Jahr auch einige jugendliche Flüchtlinge, die im Hostel am Wriezner Bahnhof untergebracht sind, erreichen. Ausschließlich ehrenamtliche Helfer werden dafür sorgen, dass Kinder, die in den Sommerferien nicht verreisen können, Spaß und Spiel erleben. Neben verschiedenen Angeboten der Betätigung gibt es Kaffee und Kuchen und es wird gegrillt.

Die Verpflegung wird zu sozial verträglichen Preisen angeboten. Neben den vor Ort vorhandenen (aus Spenden finanzierten) Spiel- und Sportgeräten machen wir an einzelnen Tagen spezielle Angebote wie zum Beispiel das sehr beliebte Kistenklettern, Schwedenschach oder Kreatives Gestalten. Am Montagabend sollen Fußballbegeisterte Gelegenheit haben, den Platz zu nutzen. Wir hoffen auf rege Beteiligung.

Finanziell unterstützt werden wir auch in diesem Jahr vom Schulamt des Bezirkes, der Wohnungsbaugenossenschaft Friedrichshain e.G. und der LINKEN. So spenden u.a. Halina Wawzyniak aus unserer Bundestagsfraktion, Martina Michels aus dem Europäischen Parlament und Steffen Zillich, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Direktwahlkandidat für diesen Wahlkreis. Dafür vor allen im Namen der Ferienspielkinder vielen Dank!

Regine Sommer-Wetter



WBM-Nachverdichtung: Erfolg der Anwohner

SPD drängt trotzdem auf Umsetzung der Baupläne

Ein Jahr hat es gedauert, bis der Protest der Bürgerinnen und Bürger unterstützt von der LINKEN Wirkung zeigte: Endlich hat das Bezirksamt beschlossen, eine reguläre Bauleitplanung für die Bauvorhaben der WBM im westlichen Friedrichshain einzuleiten. Nur durch den erfolgreichen Einwohnerantrag sah sich das Bezirksamt genötigt, den entsprechenden Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nun endlich umzusetzen. Das ist ein großer Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger und die Demokratie in Friedrichshain-Kreuzberg!

Planungsbegehren nunmehr schon verbrieftes Baurecht entgegen. Wir wissen, dass die SPD auf Landesebene – besonders Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel und der Regierende Bürgermeister Michael Müller – die Wohnungsbaugesellschaften drängen zu bauen, ohne Rücksicht auf Verluste. Sie gaben der WBM den Auftrag zur baulichen Nachverdichtung im westlichen Friedrichshain und fordern nun die Umsetzung der Vorgaben. Von der SPD in Friedrichshain-Kreuzberg erwarten wir allerdings, dass sie sich für die von

Aus Politik- und Demokratieverdrossenheit versucht derzeit vor allem die AfD Honig zu saugen. Das ist gefährlich. Diese Gefahr sollte niemand auf die leichte Schulter nehmen. Apropos AfD: Sie nimmt es mit der Bürgerbeteiligung übrigens überhaupt nicht genau. In ihrem Programm zu den Abgeordnetenhauswahlen 2016 fordert die AfD, die Bauordnung für Berlin auf den Prüfstand zu stellen und überholte sowie unsinnige Regelungen zu streichen. Unter anderem fordert sie explizit: »Insbesondere die



Ohne den engagierten Einsatz der Bürgerinnen und Bürger des Aktionsbündnisses für lebenswertes Wohnen in Friedrichshain wäre das nicht gelungen. Dass das Bündnis über 2.000 Unterschriften für die Zulassung des Einwohnerantrages gesammelt hat, trug maßgeblich dazu bei, dass es nun das Bebauungsplanverfahren gibt. Sie, die Bürgerinnen und Bürger, haben dafür gesorgt, dass die Beschlüsse der BVV auch tatsächlich umgesetzt werden.

Wir erwarten nun von der WBM, dass sie sich diesem Verfahren auch wirklich stellt und die Argumente der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Wir brauchen eine offene Diskussion über Umfang und Standorte der Nachverdichtung. Das bedeutet auch, dass die WBM nicht noch schnell Fakten schafft. Da das Bezirksamt schon vor Monaten gegen den Willen der BVV 18 Bauvorbescheide für Punkthochhäuser genehmigt hat, steht dem

ihr mitgetragenen Beschlüsse des Bezirksparlaments auch in der eigenen Partei einsetzt. Sie ist aufgefordert, auf Müller und Geisel in diesem Sinne Druck auszuüben. Anderenfalls könnten die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck bekommen, dass die SPD in dieser höchst umstrittenen Frage der WBM-Nachverdichtung ein doppeltes Spiel spielt und uns alle zum Narren hält.

Die WBM muss jetzt auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und eine offene Diskussion zulassen. Und der Senat muss ihr den Spielraum dazu geben. Das Baurecht durchzusetzen - gegen alle Kritik und gegen das von den Bürgerinnen und Bürgern erstrittene Beteiligungsverfahren – das steigert sicher nicht das Vertrauen in die demokratischen Verfahren. Im Gegenteil: Das führt zu Politik- und Demokratieverdrossenheit. Auch darum geht es bei den anstehenden Wahlen.

Nachverdichtung von Wohnungsbestand sowie die Schließung von Baulücken und Brachflächen im Innenstadtbereich müssen schneller und unbürokratischer genehmigt werden. Im Bestand sind Wohnsiedlungen durch geeignete Maßnahmen wie Geschossaufstockung sowie Bebauung von Brachflächen nachzuverdichten und Baulücken zu schließen.« (Wahlprogramm der AfD Berlin zur Abgeordnetenhauswahl 2016, S. 20).

DIE LINKE bleibt dabei: Wir fordern eine ernstzunehmende Bürgerbeteiligung, die Art und Umfang des gesamten WBM-Bauprogramms umfasst – im Rahmen einer regulären Bauleitplanung. Die wachsende Stadt kann nur gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern lebenswert weiterentwickelt werden. Dafür setzen wir uns ein.

Steffen Zillich, MdA

Haus der Gesundheit nicht zum Höchstpreis verkaufen

Das Hin- und Her um das Haus der Gesundheit nimmt kein Ende. Nachdem es erst hieß, es gäbe einen völligen Umzug in ein neues Haus im Marzahner Unfallkrankenhaus (UKB) mit allen ansässigen Fachärzten, kam es dann doch zu einem Betreiberwechsel. Eine wirkliche Lösung war dies vor allem für die älteren und mobil eingeschränkten Patientinnen und Patienten jedoch nicht, da nur vier Fachärzte blieben.

Hoffnung gab es dann wieder, als bekannt wurde, dass die AOK-Nordost das Haus der Gesundheit als Eigentümerin verkaufen will. Die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) bemüht sich nun schon Jahre darum, das Haus zu erwerben, um so die ärztliche Versorgung im Quartier an der Karl-Marx-Allee sicherzustellen.

Auch Abgeordnete der Berliner Linksfraktion sind seit Jahren am Kampf um den Erhalt des Hauses beteiligt und vermitteln zwischen AOK, WBM und Anwohnenden. Zunächst wollte die AOK den Verkauf an die WBM – doch im Mai kam heraus, dass die AOK-Nordost das Haus der Gesundheit zum Höchstpreis an einen privaten Investor verkaufen will. Ein Schlag ins Gesicht für die öffentliche Daseinsvorsorge und die soziale Infrastruktur. Inzwischen hat selbst der Senat eingesehen, dass das Haus der Gesundheit nur durch den Erwerb durch eine öffentliche Berliner Wohnungsbaugesellschaft fortbestehen kann. Die Liegenschafts- und Immobilienpolitik muss am Wohl der hierlebenden Menschen orientiert sein und nicht an Profitinteressen einzelner Investoren, das gilt auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene.

Was kann getan werden?

Auf change.org kann eine Petition unterschrieben werden, die sich gegen die Privatisierung des Hauses richtet: change.org/p/verwaltungsrat-aok-nordost-privatisierung-des-haus-der-gesundheit-in-der-karl-marx-allee-in-berlin-stoppen oder unter rettet-das-haus-der-gesundheit.de

Halina Wawzyniak, MdB

Wahlen zur Seniorenvertretung erst 2017

Der Senat stärkt die Einrichtungen nicht – trotzdem teilnehmen

2016 ist in vielerlei Hinsicht ein Wahljahr für Berlin. Am 18. September werden das Abgeordnetenhaus von Berlin und die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Eng verbunden damit war bisher die Wahl zur Seniorenvertretung unseres Bezirkes. Nun wird alles anders. 2011 hatte die rot-schwarze Koalition eine Überprüfung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes versprochen. Sehr zum Ärger der Seniorenvertretungen im Land wie in den Bezirken war davon allerdings die letzten fünf Jahre nichts zu merken. Erwartet wurde eine Stärkung der Kompetenzen und Mitsprachemöglichkeiten der Seniorenvertretungen und Veränderungen in der Wahlorganisation, um die Wahlbeteiligung zu den Seniorenvertretungen zu stärken. Aber von alledem: nichts bis kurz vor Toresschluss. Wie vom Senat gewohnt wurde nun kurz vor Ende der Wahlperiode eine Novellierung des Gesetzes durch das Abgeordnetenhaus gepeitscht, dass mehr verärgert als das es die Mitwirkung der Senioren stärkt. Wir haben es vor allem mit einem formalisierten Wahlverfahren zu tun – Wahlbenachrichtigung per Post, Möglichkeit der Briefwahl und

Einrichtung von bis zu fünf Wahllokalen – das soll die Wahlbeteiligung stärken, eine Verbindung der Seniorenwahlen mit den BVV-Wahlen wie gefordert, gibt es nicht. Der Gesetzgeber weist die Wahldurchführung den Bezirken zu, eine personelle und finanzielle Untersetzung dafür bleibt er schuldig. Der vorgesehene Zeitplan zur Organisation der Seniorenwahlen ist schon jetzt nicht mehr realistisch, die Wahlen werden frühestens im Februar/März nächsten Jahres stattfinden. Größere Kompetenzen als bisher, zum Beispiel Stimmrecht in den Fachausschüssen der BVV wie für Bürgerdeputierte, werden den Seniorenvertretungen ebenfalls nicht eingeräumt. Der Anreiz, die Interessen der Seniorinnen und Senioren gegenüber den Institutionen im Bezirk wahrzunehmen und die Mitwirkung älterer Menschen mit ihrem vielfältigen Erfahrungsschatz an der Gestaltung des Bezirks zu stärken, wird so nicht gestärkt. BVV und Bezirksamt laden dennoch alle über 60jährigen in Friedrichshain-Kreuzberg ein, sich an den Wahlen zur Seniorenvertretung zu beteiligen. Ziel ist nicht allein eine möglichst hohe Wahlbeteiligung,

sondern vor allem eine starke Seniorenvertretung zu berufen, die sich in die Kommunalpolitik einmischt und von der Reichhaltigkeit und Vielfalt der Lebenserfahrung unserer Friedrichshain-Kreuzberger Bevölkerung getragen wird. Wahlberechtigt sind alle Menschen, die am Wahltag das 60. Lebensjahr vollendet haben und mit Hauptwohnsitz im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gemeldet sind. Alle diese können sich auch zur Wahl in die Seniorenvertretung stellen. Anders als bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV müssen sie dafür nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Gleiches gilt für Teilnahme an den Wahlveranstaltungen, welche die berufenen Mitglieder der Seniorenvertretung wählen. Für viele ältere Menschen ist dies also eine ganz besondere Chance, aktiv wie passiv durch eine Wahlbeteiligung mit darüber zu bestimmen wie altersgerecht das Miteinander in unserem Bezirk gestaltet wird. Und es gilt: Je stärker die Seniorenvertretung besetzt ist, umso besser kann sie diese Aufgabe erfüllen.

Knut Mildner-Spindler
Sozialstadtrat

Seniorenvertretung: Deshalb mache ich mit

Die Neuwahl der Seniorinnenvertretung des Bezirkes steht an. nach fünf Jahren ehrenamtlicher Arbeit ist diese Wahlperiode nun bald zu Ende. Warum engagiert sich frau in diesem Gremium?

Erstens: Weil wir Seniorinnen und Senioren in dieser alternden Gesellschaft eine starke und einflussreiche Vertretung brauchen. **Zweitens:** Weil wir mit unseren Forderungen und Beschwerden an die richtigen Menschen, die auch für uns Verständnis haben, kommen müssen. **Drittens:** Damit wir mit mehr Sachverstand unsere Probleme vortragen und diskutieren können. **Viertens:** Damit wir mehr ältere Bürgerinnen kennenlernen, die nicht nur in unmittelbarer Nachbarschaft wohnen. **Fünftens:** Die Lust am Mitmachen, am Helfen und Verändern lässt das Leben im Alter bunter und interessanter werden. Bei den monatlichen treffen lernen wir jedes Mal eine andere Einrichtung im Bezirk kennen und auch das kompetente Personal der Einrichtung. Somit sind wir Ansprechpartner*innen für unsere SeniorInnen bei vielen Fragen und Problemen rund ums älter werden in unserm Bezirk. **Sechstens:** Jedes Jahr packen wir ca. 500 Weihnachtspäckchen für Bedürftige alte Menschen im Bezirk und freuen uns über die herzliche Dankbarkeit und über die gute Zusammenarbeit mit Bezirk und den Begegnungsstätten. **Siebtens:** Jede Woche haben wir eine Sprechstunde von 10–11 Uhr. Einmal in Kreuzberg und dann noch in Friedrichshain. Hier sind wir für alle Probleme offen und suchen nach Lösungen. **Achtens:** Wir wirken mit in allen Ausschüssen des Bezirkes und verschaffen dort sowie im Bezirksparlament unseren Sorgen und Vorschlägen Gehör. **Also:** Ohne uns geht nichts im Bezirk, wir mischen uns ein, wir haben Ideen und wir haben Lösungen, nicht für alles aber für Viele. Fragen Sie uns. Und engagieren sie sich in der SeniorInnenvertretung wir können jede Unterstützung gut gebrauchen.

Sprechstunden der Seniorenvertretung:

Kreuzberg:
Rathaus Yorkstraße 4–11, jeden Freitag 10–11 Uhr, Zimmer 1066
Friedrichshain:
Kadiner Straße 1
jeden Dienstag, 10–11 Uhr

Liz Schmid



Archiv der DAG Senioren der Partei DIE LINKE

Hunderte Ferienwohnungen zurück gewonnen

Kampf gegen Zweckentfremdung braucht langen Atem

Vor zwei Jahren wurde in Berlin das Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum wiedereingeführt. Knapper Wohnraum und die zunehmende Belastung der Wohngebiete durch eine Vielzahl touristisch genutzter Ferienwohnungen zwangen die Landespolitik zu einem Umdenken nach vielen Jahren der Ignoranz gegenüber den Verhältnissen in der Stadt. Insbesondere die Wohnungsnot erzeugte aber auch einen hohen öffentlichen Erwartungsdruck hinsichtlich der Wirksamkeit des neuen Gesetzes. Es dominierte die Frage: Sind die Bezirke ausreichend gut aufgestellt sind, um Leerstand bekämpfen und Ferienwohnungen und spekulativen Leerstand wieder einer Wohnnutzung zuführen zu können?

Angesichts der knappen Personalzuweisung für die neue Aufgabe und einer Regelung, dass Ferienwohnungsbetreibern zunächst bei freiwilliger Anzeige einen zweijährigen Bestandsschutz genießen, waren schon Zweifel berechtigt, wie ernst es mit dem Zweckentfremdungsverbot gemeint sei. Im März dieses Jahrs hat das Abgeordnetenhaus ein erstes Änderungsgesetz zum Zweckentfremdungsverbot verabschiedet, das zumindest einigen Erfahrungen aus den ersten beiden Jahren Zweckentfremdungsverbot Rechnung trägt. Es ist zu begrüßen, dass nun Internet-Wohnungsvermittlungsportale zur Mitwirkung an den Ermittlungsarbeiten bei der Verfolgung illegaler Ferienwohnungen verpflichtet werden

können. Die tatsächliche Zahl der Ferienwohnungen ist bis heute eine große Unbekannte geblieben. Ein wesentliches Ermittlungshemmnis dabei scheint damit beseitigt, dass die Portale künftig den Bezirksämtern

Euro angehoben. Und nicht zuletzt hat sich der Senat im Vorwahlkampf entschlossen, das Personal bei den bezirklichen Arbeitsgruppen nahezu zu verdoppeln, um seine Ernsthaftigkeit im Kampf gegen Zweckentfrem-

dem Bezirksamt die Wiederaufführung zur Wohnnutzung nachgewiesen werden. Ferienwohnungen, die ohne Bestandsschutz oder Genehmigung angeboten werden sind seit 2 Jahren illegal. Durch über 400 Bürgerhinweise und eigene Recherche der fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Friedrichshain-Kreuzberg konnten bis Ende Mai 375 Ferienwohnungen wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Durch das Verfolgen von Zweckentfremdung, inklusive Leerstand, konnten bisher 492 Wohnungen wiedergewonnen werden. Mit dem Ende des Bestandsschutzes Ende April werden diese Zahlen weiter steigen. Allein im Mai wurden 215 Verfahren wegen nicht erlaubter Ferienwohnungen eröffnet und 32 Zwangsmaßnahmen ergriffen.

Zukünftig wird die Verfolgung illegaler Ferienwohnungen auch dank zusätzlicher vier Personalstellen intensiviert werden können. Unsere konsequente Ablehnung von Anträgen auf die Genehmigung von Ferienwohnungen führt zu einer Zunahme von Widerspruchs- oder Klageverfahren. Wir sehen uns in unserer Position auch dadurch bestätigt, dass inzwischen das Berliner Verwaltungsgericht erste Klagen von Vermietern gegen das Ferienwohnungsverbot zurückgewiesen und das Zweckentfremdungsverbot bestätigt hat, weil dadurch dringend benötigter Wohnraum zurückgewonnen wird.

Knut Mildner-Spindler, Sozialstadtrat



Auskunft über die Anbieter von Ferienwohnungen geben müssen. Die Höchstgrenze für Bußgelder bei Verstößen gegen das Zweckentfremdungsverbot wird deutlich von 50.000 Euro auf bis zu 100.000

zung zu beweisen.

In unserem Bezirk haben 2014 Betreiber von ca. 900 Ferienwohnungen diese Nutzung bestandswahrend angezeigt. Dieser Bestandsschutz endete am 30. April 2016. Seitdem muss

Von der Bibliothek zum Willkommenszentrum

Über die Aufgabe der Bona-Peiser-Bibliothek als öffentlichem Bibliotheksstandort haben wir in den letzten Jahren mehrfach berichtet. Dem Anliegen des Bezirksamtes aus dem Dezember 2013, den genannten Bibliotheksstandort zu verlagern, folgten weder die damit befassten Ausschüsse noch die BVV.

Im Mai 2014 unterschrieben 1.548 Einwohnerinnen und Einwohner einen Antrag, der das Bezirksamt aufforderte, die Bibliothek an ihrem Standort in der Oranienstrasse 72 zu erhalten. Sie protestierten gegen die Schließung einer Bibliothek, die seit 50 Jahren der kulturelle Mittelpunkt

der Otto-Suhr- und Springsiedlung ist, Kindern und Erwachsenen den Zugang zu Büchern, neuen Medien und Informationen vermittelt und für alle Bewohner des Stadtteils einen lebendigen Ort der Kommunikation und Integration darstellt. Dieser Einwohnerinnenantrag wurde angenommen.

Der Fachbereich Bibliotheken stand vor der Herausforderung, diesen Beschluss umzusetzen, obwohl weder im Haushaltsplan 2014/15 noch 2015/16 entsprechende Personalmittel vorgesehen waren. Die fehlende Personalausstattung ist von der Fraktion DIE LINKE in diesem

Prozess laufend thematisiert und kritisiert worden.

Bis zum Sommer 2015 wurde der Standort mit eingeschränkten Öffnungszeiten und Reduzierung des regulären bibliothekarischen Services betrieben. Dazu waren eine Person aus dem Personalüberhang und zwei Freiwillige im Rahmen des FSJ dort beschäftigt.

Der Druck auf den Bezirk, Antworten auf die Situation mit den ankommenden Flüchtlingen zu finden, stieg spätestens im Herbst des letzten Jahres. Die Notwendigkeit der Einrichtung eines Willkommenszentrums für Geflüchtete wurde in Fried-

richshain-Kreuzberg diskutiert. Auch unter dem Aspekt knapper Ressourcen, muss die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebündelt werden. Die ehemalige Bona-Peiser-Bibliothek in der Oranienstrasse ist ein Ort, der zentral liegt und gut mit dem ÖPNV erreichbar ist. Geplant ist, hier sechs bis acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beschäftigen. Aktuell findet am Standort eine bauliche Umgestaltung statt. Wir hoffen, im Herbst dieses Jahres über die ersten Erfahrungen berichten zu können.

Regine Sommer-Wetter

Demokratie demokratisieren

Projekt der Bundestagsfraktion DIE LINKE für mehr Beteiligung

Für DIE LINKE ist die Erweiterung demokratischer Einflussmöglichkeiten für hier lebende Menschen ein zentrales Thema. Deshalb hat sich die Linksfraktion im Bundestag in der Sitzungswoche vom 6. bis zum 10. Juni 2016 auf Initiative meines Arbeitskreises »Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung« ganz dem Thema Demokratisierung der

und die von vielen wahrgenommene Kluft von politischen Betreibern und den Einwohner*innen zu schließen. Die Lösung – da waren wir uns einig – ist keineswegs national, sondern muss vielmehr aus der europäischen – von Nationalstaaten losgelöste – Perspektive erdacht werden und zwar gemeinsam mit allen hier lebenden Menschen.

Informationsfreiheitsgesetz, Direkte Demokratie, Ausländerwahlrecht sowie zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregister.

Ausgangspunkt aller Überlegungen im Hinblick auf mehr Entscheidungsbefugnisse und Einflussmöglichkeiten ist, dass Demokratie verschoben und zugleich ausgeweitet werden müssen. Die Einwohner*innen sollen mehr entscheiden können, der Bundestag gibt Kompetenzen ab. Diese Überlegungen sind bereits in konkrete parlamentarische Initiativen der Linksfraktion geflossen:

- Gesetzentwurf zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung,
- Antrag für ein verpflichtendes Lobbyistenregister,
- Antrag, dass künftig alle Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen,
- Vorschlag für ein Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz,
- Gesetzentwurf »Jedermanns Grundrechte«,
- Gesetzentwurf zur Einführung eines Wahlrechts für alle Einwohner*innen (Ausländerwahlrecht).

Demokratie für alle ist Voraussetzung für eine bessere und offene Gesellschaft

Demokratie für Alle ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass sich die Gesellschaft zum Besseren entwickelt. Sie hat es nötig, denn andere, die mit der Demokratie gleich gar nichts am Hut haben, arbeiten fleißig daran, die Gesellschaft zu einer geschlossenen Veranstaltung zu entwickeln. Über jene Kräfte wurde am Donnerstag in der Woche drauf von einem vielseitig besetzten Podium diskutiert. Gerade die AfD inszeniert sich als Partei für mehr direkte Demokratie. Doch schaut man genauer hin, wird klar, dass es sich dabei um ein Demokratieverständnis handelt, welches bestimmte Gruppen, vornehmlich Minderheiten, von vornherein ausschließt. Demokratie für alle sieht anders aus. Gerade deshalb müssen wir uns weiterhin für eine wirkliche direkte Demokratie, eine für Demokratie für alle, stark machen.

Für weitere Informationen siehe auch: www.wawzyniak.de/start/demokratie_für_alle



Demokratie verschoben. Wenn sich die Menschen abwenden, läuft Demokratie Gefahr, zu verschwinden, denn sie lebt vom Engagement vieler. Für dieses Engagement müssen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Politik zurückholen

Bereits am 1. Juni fand deshalb im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Diskussion »Die Politik zurückholen« statt. Dahinter steht die Frage, was getan werden kann, um unsere Demokratie lebendiger zu gestalten

Parlamentarische Woche Demokratie für alle im Bundestag

Den Auftakt der parlamentarischen Woche machte eine Konferenz am 6. Juni. Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Vereinen und Initiativen, die sich für mehr direkte Demokratie stark machen wie z. B. Lobbycontrol, Open Knowledge Foundation, dem TBB oder der Humanistischen Union, Journalist*innen und interessierte Bürger*innen diskutierten auf verschiedenen Panels zu den Themen Ausschussöffentlichkeit,

Die Gesetzentwürfe und Anträge wurden dem Plenum des Bundestages zur Beratung und teilweise Abstimmung in der Woche vorgelegt. Ohne hinzuschauen und hinzuhören hätte man bereits vorher sagen können, wie all die Abstimmungen ausgehen. Erstarrte Rituale und alte Reflexe, wenn die Linksfraktion Anträge einbringt. In gewisser Weise dokumentierte die Woche, woran die repräsentative Demokratie gegenwärtig krankt.

Halina Wawzyniak, MdB

Friedrichshain-Kreuzberg – Zuhause der Demokratie

Wenn man sich einige der vielen kleinen und größeren Vereine, Projekte und Initiativen in unserem Bezirk anschaut, könnte man glatt sagen, dass Friedrichshain-Kreuzberg ein Hort demokratischer Kräfte ist. Jedenfalls sind hier viele Projekte zuhause, die sich im engeren oder entfernteren Sinne dem Thema Demokratie und Demokratisierung verschrieben haben. Eine kleine Auswahl:

Volksentscheide retten!

Nehmen wir beispielsweise und ganz aktuell die Initiative zur Rettung des Volksentscheides mit Sitz in Kreuzberg. Sie fordert in einem Volksentscheid mehr wirklich demokratische

Mitbestimmung und ganz konkret Volksentscheide, die verbindlich, fair und machbar sind. Mitte Juni haben sie bereits über 50.000 Unterschriften sammeln können. Unter der Erstunterzeichner*innen des Aufrufs »Hände weg vom Volksentscheid« befinden sich viele lokale Vereine und Inis wie *Kotti und Co.*; *Bizim Kiez*, *Aktionsbündnis A 100 stoppen*, *Gemeingut in BürgerInnenhand*, *Mediaspree versenken*, *Wem gehört Kreuzberg* und viele mehr.

Mein Grundeinkommen

Der Initiator des Projekts startete das Projekt »Mein Grundeinkommen« als Experiment – und zwar in Kreuzberg.

Per Crowdfunding wird Geld für ein Bedingungsloses Grundeinkommen gesammelt. Und immer wenn 12.000 Euro zusammen sind, werden sie an eine Person ausgelost. Die Idee hinter dem Grundeinkommen hängt mit der Demokratisierung der Gesellschaft zusammen, da durch die Einführung demokratische Teilhabe gestärkt werden könnte.

Gemeingut in Bürger*innenhand (GiB e.V.)

GiB e.V. gründete sich 2011 und startete damals mit der Kampagne »Wollt-ihr-wissen« zum Wasser-Volksentscheid in Berlin zur Of-

fenlegung der PP-Geheimverträge. Allgemein tritt der Verein für die Bewahrung und umfassende Demokratisierung aller öffentlichen Institutionen ein. Im Detail bedeutet das: Daseinsvorsorge, gesellschaftliche Verfügung über naturgegebene Gemeingüter (Wasser, Bildung, Mobilität, Energie etc.), Vernetzung bundesweiter Kämpfe gegen Privatisierung, Bündelung von Schwerpunktaktionen und Aufklärung über Public Privat Partnership (PPP).

Ulrike Juda

Demokratie für alle!

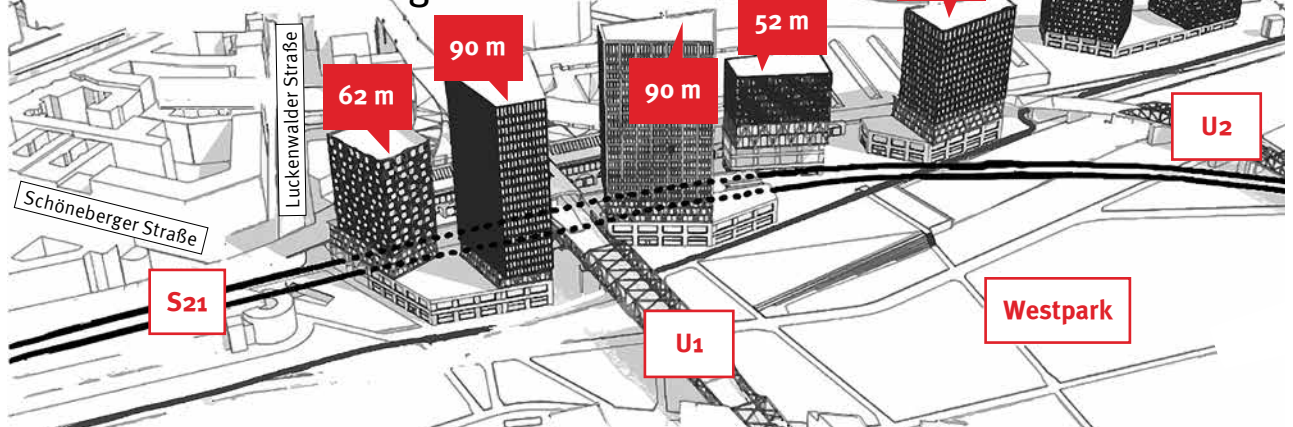
Brauchen wir einen zweiten Potsdamer Platz?

Am Gleisdreieck sollen sieben Hochhäuser gebaut werden

Geplant sind am Gleisdreieck sieben Gebäude, zwischen 25 und 90 m hoch. Darin: 70 Prozent Büro, 30 Prozent kommerzieller Nutzungsmix aus Handel, Gastronomie, Kunst und Wohnen. Durch die Bebauung würde der Westpark an seiner engsten Stelle noch enger. Gerade hier befindet sich zur Zeit einer der lebendigsten Orte des Parks, der Spiel- und Sportplatz unter der Hochbahn. Hier treffen sich die Wege in Nord-Süd und in Ost-West-Richtung. Die Wiesen würden morgens frühzeitig verschattet. Der Maßstab des Ortes würde gesprengt, die denkmalgeschützten Viadukte und der Hochbahnhof größtenteils verdeckt werden.

Welchen Grund gibt es, mit dem Bauvorhaben den Erfolg des Gleisdreieck-Parks zu gefährden? Die Antwort liegt im »Städtebaulichen Vertrag« von 2005, in dem der Senat, der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und die ehemalige Bahntochter VIVICO fünf Bauflächen auf dem Gleisdreieck vereinbart haben. Erst nach Abschluss des Vertrages wollte die VIVICO die Flächen für den Park herausgeben.

Nun 10 Jahre später hat die VIVICO alle Bauflächen verkauft. Die Bebauung an der Flottwellstraße ist teilweise realisiert, der Möckernkiez



ist (wieder) im Bau, im Yorckdreieck ist der Bauplatz gelandet. Im »Schwechtenpark« wird das Technikmuseum weiterentwickelt. Die fünfte Baufläche, die »Urbane Mitte«, wurde von der COPRO erworben. Während auf den anderen Bauflächen die Investoren freiwillig unter den im Vertrag vorgesehenen baulichen Dichten blieben, will die COPRO das Maximum rausholen. Dies würde bedeuten: 120.000 m² Bruttogeschossfläche und eine Investition von ca. 400 Millionen Euro. Das Vorhaben stößt jedoch auf Schwierigkeiten.

Der voraussehbaren Ablehnung durch Parknutzer versuchten die Investoren vorzubeugen. Im Herbst 2014 wurden drei Fach- und Bürgerdialoge durchgeführt. Als Ergebnis präsentierte die COPRO ein »Kon-

senskonzept«, bei dem allerdings Kritik – z. B. am Abriss des Ringbahnviadukts – und Alternativvorschläge – z. B. den nach einer Nutzung des Grundstücks als Bibliotheksstandort – ausblendet wurden. Aber nicht nur Bürgervorschläge fielen unter den Tisch. Das Landesdenkmalamt weigerte sich, den architektonischen Wettbewerb im Herbst 2015 zu begleiten, da die Auslobung einen denkmalgerechten Umgang nicht zuließ. Nichtsdestotrotz hat das Bezirksamt bei der Auslegung des Bebauungsplans im Februar 2016 die Formulierung vom Konsens übernommen. Die zahlreichen Einwendungen werden jedoch zeigen, dass der behauptete Konsens Fiktion ist.

Die zweite Schwierigkeit ergibt sich aus dem Grundstück selbst. In

Nord-Südrichtung soll zukünftig die S-Bahnlinie S21 am U-Bhf Gleisdreieck vorbeifahren. Dort entsteht dann eine Umsteigemöglichkeit zwischen S21 und U1. Da die Hochhäuser teilweise direkt über der Bahntrasse stehend geplant sind, muss also zuerst die S21 gebaut werden. Unklar ist zudem, wie das Areal versorgt werden kann. Als Zufahrten stehen nur die Kanaluferstraßen zu Verfügung, von denen dann die Luckenwalder, Schöneberger und die Trebbiner Straße abzweigen. Alle Straßen sind jedoch heute schon überlastet. Was macht das Bezirksamt? Der Baustadtrat scheint fest entschlossen, das Projekt durchzuwinken, trotz aller Probleme und trotz aller Kritik.

Matthias Bauer, Mitglied der Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck e.V.

Internationale Konferenz zum Recht auf Abtreibung

Das einzige Mal, dass in der Volkskammer der DDR eine deutliche Anzahl Abgeordneter ein Gesetz ablehnte, war im Jahr 1972, als eine bedingte Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs verabschiedet wurde. Frauen wurde damit das Recht eingeräumt, innerhalb einer Frist von 12 Wochen eine Schwangerschaft abbrechen. In der BRD dagegen blieb der Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch unter dem Paragraphen 218 geregelt, auch als es Mitte der 1970er Jahre schließlich zu einer Liberalisierung in Form einer »Indikationslösung« kam.

Christliche Fundamentalisten, die sich selbst »Lebensschützer« nennen, haben bereits in den 1970er Jahren gegen die Liberalisierung des § 218 mobil gemacht. Seit Jahren

veranstalten dieselben Kräfte nun wachsende Aufzüge mit großen weißen Holzkreuzen, fordern die völlige Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, kämpfen gegen Gleichstellungspolitik und möchten alle in ein religiös begründetes konservatives Familienmodell pressen. Mit im Verein sind prominente AfDler wie Beatrix von Storch. Der größte Aufmarsch wird wieder am 17. September in Berlin stattfinden. Um diesen Umtrieben etwas entgegenzusetzen, hat sich das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung gegründet, in dem auch DIE LINKE mitarbeitet. Ein Baustein dieses Jahr wird die Abhaltung der Konferenz »Mein Körper, meine Verantwortung, meine Entscheidung: Weg mit § 218« am 9. und 10. Juli sein. Sie wird international besetzt sein mit

Aktivistinnen aus Irland, Polen und Spanien. Es wird um Themen gehen wie den wachsenden Druck, den christliche Fundamentalisten auf Kliniken und Arztpraxen ausüben, keine Abtreibung vorzunehmen, um die Bedeutung der Gewerkschaften im Kampf für Frauenrechte und den Paragraphen 218, um die Probleme, vor denen Migrantinnen und geflüchtete Frauen stehen, und darum, wer die »Lebensschützer« sind und welche Rolle die AfD spielt. Ziel ist es, eine neue Diskussion von links anzustoßen, denn es ist ein Skandal, dass bis heute für Frauen kein uneingeschränktes Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper besteht und eher Rückschritte als Fortschritte zu verzeichnen sind.

Rosemarie Nünning

Konferenz
»Mein Körper,
meine Verantwortung,
meine Entscheidung:
Weg mit § 218«

9. und 10. Juli 2016

Konferenzort
Schloss19
Schlossstraße 19
14059 Berlin
(U-Bahnhof
Sophie-Charlotte-Platz)

Beginn
Samstag 11 Uhr
Ende
Sonntag 13 Uhr

Anmeldung
telefonisch unter
(01 60) 3 77 22 08
oder über die Website
des Bündnisses für sexuelle
Selbstbestimmung:
[sexuelle-selbstbestimmung.de/
konferenz-2016](http://sexuelle-selbstbestimmung.de/konferenz-2016)

Termine

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
Fax: 030/426 13 38

Soweit nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen im Roten Laden statt.

Bürozeiten:

Montag: 13–18 Uhr, Dienstag & Donnerstag:
10–18 Uhr, Freitag: 9–13 Uhr

Wir laden herzlich ein: **Eröffnung einer Ausstellung mit Grafiken und Zeichnungen von Richard Fährmann**

Freitag, 8. Juli, 18 Uhr
Bürgerbüro von Jutta Matuschek, MdA,
Müggelstraße 11, 10247 Berlin

Stammtisch des OV Kreuzberg

18. 7 und 15. 8, jeweils ab 19 Uhr
im Südblock, Admiralstraße 1
Gäste sind herzlich willkommen!

Wahlkreisbüro Halina Wawzyniak, MdB

Mehringplatz 8, 10969 Berlin
Telefon: 030/25 92 81 21

Öffnungszeiten: Montag: 12–17 Uhr,
Dienstag: 10–15 Uhr, Mittwoch: 10–15 Uhr,
Donnerstag: 12–18 Uhr, Freitag: 10–13 Uhr
Mieten- und Rechtsberatung: jeden 2.
und 4. Donnerstag im Monat 16–18 Uhr
Sozialberatung: jeden Donnerstag 14–16 Uhr
Um Voranmeldung wird gebeten.

Bürgerbüro Jutta Matuschek, MdA

Müggelstraße 11, 10247 Berlin
Telefon: 030/37 43 50 15

Öffnungszeiten: Dienstag: 13–16 Uhr
Donnerstag: 16–19 Uhr

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon 030/42 80 14 76

E-Mail: buero@zillich.berlin

Miet- & Sozialrechtsberatung

Um Voranmeldung wird gebeten.

**Eintritt
frei!
DIE LINKE.**

Komm rein und lass die Tür auf.

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 22. Juni 2016
Herausgeberin: DIE LINKE Friedrichs-
hain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87

www.dielinke-fk.de

info@dielinke-fk.de, Redaktion: Regine
Sommer-Wetter, Chris Tsalampapas,
Damiano Valgolio (V.i.S.d.P.)

SPD und CDU beschönigen BER-Debakel

Untersuchungsausschuss: DIE LINKE legt eigenes Sondervotum vor

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen am Flughafen Schönefeld im Berliner Abgeordnetenhaus hat seinen Abschlussbericht vorgelegt.

Dem Ausschuss gehörten neun Abgeordnete an. Für die Fraktion DIE LINKE arbeitete Jutta Matuschek mit. Sie legte über 100 Beweisanträge vor, brachte fast 300 Änderungsanträge zum Abschlussbericht ein. Der mit SPD-CDU-Mehrheit beschlossene Abschlussbericht ist nach Meinung der Linksfraktion beschönigend und bedient die Märchen und Legenden, die die für den BER Verantwortlichen seit Jahren kolportieren. Die Vorlage eines eigenen Sondervotums war deshalb unvermeidlich.

Wesentliche Ergebnisse unserer Aufklärungsarbeit sind folgende Feststellungen:

Das Land Berlin ist seit Jahren seiner Rolle als Gesellschafter in dem Unternehmen Flughafen Berlin-Brandenburg nicht nachgekommen. Wichtige Kontrollmechanismen wurden systematisch ausgeschaltet. Der Aufsichtsrat hat es unter dem Vorsitz von Klaus Wowereit zugelassen, dass die hochbezahlte Geschäftsführung Schwarz/Körtgen eklatante Fehler gemacht hat. Das völlige Versagen der Geschäftsführung als Bauherr des BER wurde vom Aufsichtsrat lange nicht bemerkt und nach der Absage nicht konsequent geahndet. Die Machtfülle Wowereits als Regierungschef, Aufsichtsratsvorsitzender, Verantwortlicher für die Personalbesetzung der Geschäftsführung u.a.m. führte zu einem unverantwortlichen Verlust einer kritischen Sichtweise auf das Projekt. Strukturelle Mängel wurden schon 2008 und 2009 offenbar. Diese wurden bewusst nicht untersucht und korrigiert, sondern verschleiert und ignoriert. Darauf beruhte die Entscheidung zur Verschiebung des Eröffnungstermins im Jahr 2010. Diese wurde als von äußeren Einflussfaktoren (EU-Verordnung und Insolvenz eines Vertragspartners) bestimmt dargestellt, war jedoch durch Fehler der Geschäftsführung der FBB hervorgerufen.

Der Aufsichtsrat folgte den Geldwünschen der Geschäftsführung in blindem Vertrauen und trug damit dazu bei, dass das Unternehmen FBB Mitte 2012 in eine ernsthafte finanzielle Schieflage geraten war, die auch



flickr.com/Etienne Girardet

eingetreten wäre, wenn die Eröffnung erfolgt wäre. Die öffentliche Hand musste Milliarden nachschießen, um eine Insolvenz der Flughafengesellschaft zu verhindern.

Die Eröffnung im Jahr 2012 scheiterte mitnichten nur am fehlenden Brandschutz. Das Terminal war nur zur Hälfte fertiggestellt. Wichtige Anlagen wie Feuerwehrtürme, WLAN-System, Türöffnungsautomatik, Abfertigungsschalter, flughafenspezifische Sicherheitstechnik u. a. m. waren nicht fertig und nicht funktionsfähig.

Nach der Eröffnungsabsage hat der Aufsichtsrat es weiterhin unterlassen, die Ursachen des Scheitern zu klären und trug mit der Entlassung der Generalplaner dazu bei, dass die Baustelle im Chaos versank. Dies wurde von den beteiligten Baufirmen zu millionenschweren Geldforderungen ausgenutzt.

Deshalb empfiehlt DIE LINKE eine neuerliche und diesmal tiefgehende Prüfung der Haftungstatbestände für die ehemalige Geschäftsführung wie für den Aufsichtsrat. Für das Parlament und die Verwaltung empfiehlt DIE LINKE eine umfassende Revision der Regularien für die Wahrnehmung der Gesellschafterrolle und Eigentümerfunktion in öffentlichen Unternehmen des Landes Berlin. Das gegenwärtige Management zur Kontrolle und Steuerung der landeseigenen Unternehmen ist seinen Namen nicht wert.

Die Empfehlungen der Fraktion DIE LINKE sowie die wesentlichen Aussagen aus dem Sondervotum sind auf www.linksfraktion-berlin.de dokumentiert. Das gesamte Sondervotum ist ebenfalls auf dieser Seite nachzulesen.

Jutta Matuschek, MdA

Kreuzhain-Rätsel

1	2	3	4	5		6	7	8	
9						10			
11			12			13		14	15
16						17		18	
19			20	21					
		22							

Waagrecht 1 aller fang ist schwer 4 Jetzt heißt es wieder für die Linksaktiv-Wahlhelfer: 9 Re-Vergesellschaftung des Wohlstandes 11 mäuschenstill, auch wenn Duden schimpft 12 angeblicher Grund für Abriss des Palastes der Republik 14 italienischer Theatermacher (Vorn. Dario) 16 abziehen - mit Anfang am Ende 18 schneidet Haar, Staatsschulden und Film (engl.) 19 morgendliche Feuchte 20 alienation (dtsh.) schlecht abgekürzt 22 Mut und Vision vorausgesetzt: sofortig neue Regierungsmehrheit im Bundestag.

Senkrecht 1 12 waag. hilft, sie zu verringern 2 Lösung 3 Mischung 4 erster Teil des Bandnamens – tourt letztmalig und spielt auch in Washington DC 5 Hat man wirklich nur die Wahl zwischen ihr und Cholera? 6 die Öffi-Flatrate ist für schwarz-rot KEIN THEMA (Abk.) 7 sächsisches Hauptwort 8 Zuflucht gewähren (engl.) 10 hat 2015 EU-weit pro Kopf die meisten Flüchtlinge aufgenommen (Länderkürzel) 12 kategorisch verdrehter Philosoph 13 Schnee (russ.) 15 hier gewendetes Militärbündnis, das raus muss aus den Schulen 17 bestimmter Platz 18 Partei mit irreführender Werbung im Namen 21 KFZ-Kennzeichen des osmanischen Landes, das einen Völkermord verübte

Dieses Mal zu gewinnen: die Wahl